

## **Begründung gem. § 14 Abs. 2 S. 1 NNatSchG**

### **Zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Moorhauser Polder“ in der Stadt Elsfleth im Landkreis Wesermarsch vom XX.XX.2024**

**ENTWURF 19.04.2024**

*In der Begründung werden die Inhalte der Verordnung erläutert, die über den Verordnungstext hinaus näherer Ausführung bedürfen.*

#### **Zur Präambel**

Die Ausweisung von Teilbereichen des EU-Vogelschutzgebietes (EU-VSG) V11 „Hunteniederung“ (DE 2816-401) als Naturschutzgebiet (NSG) „Moorhauser Polder“ dient der Umsetzung der EU-Richtlinie 2009/147/EG<sup>1</sup> vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (Abl. EU Nr. L 20, S.7), Vogelschutzrichtlinie (VSchRL), in der aktuell gültigen Fassung. Die VSchRL verfolgt zusammen mit der Fauna-Flora-Habitat Richtlinie (FFH-Richtlinie; EU-RL 92/43/EWG)<sup>2</sup> das Ziel, unter dem Namen „Natura 2000“ ein kohärentes (zusammenhängendes) europäisches ökologisches Netz von Schutzgebieten zu schaffen, um die biologische Vielfalt in der Europäischen Union (EU) zu bewahren. Vorrangiges Ziel der VSchRL ist es, sämtliche im Gebiet der EU-Staaten natürlicherweise vorkommenden Vogelarten einschließlich der Zugvogelarten in ihrem Bestand dauerhaft zu erhalten und neben dem Schutz auch die Bewirtschaftung und die Nutzung der für die Vogelarten wichtigen Gebiete zu regeln.

Durch geeignete Gebote und Verbote sowie durch Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen nach § 32 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)<sup>3</sup> ist sicherzustellen, dass den Anforderungen der VSchRL entsprochen wird. Insbesondere die Wiederherstellung bzw. Erhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes (Erhaltungsgrades) als maßgebliche Verpflichtung gegenüber der EU erfordert eine formelle sowie inhaltliche Überarbeitung der bereits bestehenden Naturschutzgebietsverordnung aus dem Jahr 1982.

Die neue Verordnung berücksichtigt, dass die Wasserstände im Moorhauser Polder zum einen eine naturschutzfachliche Bedeutung aufweisen, der Polder zum anderen jedoch für den Hochwasserschutz der Stadt Oldenburg von Bedeutung ist. Ferner wird die Aufrechterhaltung einer landwirtschaftlichen Bodennutzung im Rahmen der guten fachlichen Praxis sowie entsprechend notwendiger Vorgaben zum Schutz der wertgebenden und bedeutenden Vogelarten des EU-VSG angestrebt. Aufgrund der Bedeutung der landwirtschaftlichen Nutzung für die Erreichung der naturschutzfachlichen Ziele innerhalb des Naturschutzgebietes wird den landwirtschaftli-

---

<sup>1</sup> Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. EU Nr. L 20 S. 7), zuletzt geändert durch Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13.05.2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 193)

<sup>2</sup> Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. EG Nr. L 206 S. 7), zuletzt geändert durch Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13.05.2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 193)

<sup>3</sup> Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 08. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240)

chen Erfordernissen in dieser Verordnung Rechnung getragen, um eine langfristig positive Entwicklung des Gebietes zu gewährleisten und zudem das landwirtschaftlich geprägte Landschaftsbild der Hunteniederung zu bewahren.

Die Erklärung des Gebietes erfolgt gemäß §§ 20 Abs. 2 Nr. 1, 22 Abs. 1 und 2, 23, 32 Abs. 2 und 3 BNatSchG zum geschützten Teil von Natur und Landschaft sowie die Ausweisung als Naturschutzgebiet gemäß § 23 BNatSchG in Verbindung mit §§ 14, 15, 16 Abs. 1, 23, 32 Abs. 1 und 2 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes (NNatSchG)<sup>4</sup> sowie § 9 Abs. 5 des Niedersächsischen Jagdgesetzes (NJagdG)<sup>5</sup> schafft eine rechtsverbindliche Regelung für die Sicherung bzw. Ausweisung.

## **Zu § 1 – Naturschutzgebiet**

### **Absatz 1**

Das in den Absätzen 2 bis 3 näher beschriebene Gebiet wird zum rechtsverbindlich festgesetzten Gebiet mit besonderem Schutz von Natur und Landschaft erklärt. In § 1 erfolgt die Erklärung als Naturschutzgebiet (NSG).

### **Absatz 2 und 3**

Die Grenzziehung des Naturschutzgebietes resultiert aus einer Anpassung an die Kulisse des EU-Vogelschutzgebietes V 11 „Hunteniederung“ (DE 2816-401). Dabei wird das bereits seit 1982 bestehende NSG „Moorhauser Polder“ östlich um den „Neuen Wulfsdeich“ erweitert. Der konkrete Grenzverlauf kann der maßgeblichen Verordnungskarte im Maßstab 1: 6.000 (Anlage 2) entnommen werden.

Im Folgenden wird das NSG bezüglich seiner politischen und örtlichen Lage sowie seiner räumlichen Lage zu bestehenden Schutzgebieten beschrieben sowie die faunistischen, floristischen und geomorphologischen Besonderheiten des Gebietes herausgestellt und der naturschutzfachliche Charakter des Gebietes beschrieben.

## **Zu § 2 Schutzzweck**

Der Schutzzweck bildet die Grundlage für die Formulierung der Verbote gem. § 3 sowie der Freistellungen gem. § 4 dieser Verordnung. Die aus dem Schutzzweck abgeleiteten gebietspezifischen Erhaltungsziele stellen die Grundlage der Prüfung von Auswirkungen von Plänen und Projekten (FFH-Verträglichkeitsprüfung) auf das Gebiet dar.

### **Absatz 1**

Der allgemeine Schutzzweck stellt die gesamtheitlichen Ziele des Gebietes als Naturschutzgebiet gemäß §§ 23 Abs. 1 und 32 Abs. 3 BNatSchG dar. Die notwendigen Regelungen zur Erhaltung und Entwicklung des Schutzgebietes sind aus dem Schutzzweck zu entwickeln. Die Formulierung des allgemeinen Schutzzwecks für das NSG basiert auf dem gesetzlichen

---

<sup>4</sup> Niedersächsisches Naturschutzgesetz vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 12. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 289)

<sup>5</sup> Niedersächsisches Jagdgesetz (NJagdG) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 15.07.2022 (Nds. GVBl.; S.468)

Schutzzweck des § 23 BNatSchG (Naturschutzgebiete) und wird für das Schutzgebiet konkretisiert. Das Gebiet benötigt besonderen Schutz, weil es zum einen besonders wertvoll (Schutzwürdigkeit) und zum anderen sehr gefährdet (Schutzbedürftigkeit) ist.

Die Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit werden durch folgende Sachverhalte belegt:

- Das Gebiet gehört zum europäischen ökologischen Netz Natura 2000 und stellt für eine Vielzahl gefährdeter Vogelarten ein wichtiges Rast- und Brutgebiet von zum Teil nationaler Bedeutung dar.
- Das Gebiet gehört zu den wichtigsten EU-Vogelschutzgebieten für Wiesenvögel in Niedersachsen.
- Das NSG stellt einen für die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft wichtigen Bereich mit einem Landschaftsbild von sehr hoher Bedeutung dar.

Der genannte naturschutzfachliche Wert des Gebiets sowie die Bedeutung des NSG für das Landschaftsbild, werden durch verschiedene Faktoren gefährdet.

## **Absatz 2**

Der besondere Schutzzweck konkretisiert die spezifischen Erhaltungsziele für die im Gebiet wertbestimmenden Vogelarten und den darüber hinaus im Standarddatenbogen<sup>6</sup> aufgeführten Vogelarten mit signifikanten Populationen für das NSG. Die als Erhaltungsziel aufgeführten Arten sind für das Schutzgebietsnetz „Natura 2000“ wertbestimmend. Die Auswahl der in der NSG-Verordnung aufgeführten Arten der VSchRL entspricht dabei dem aktuellen Wissens- und Erkenntnisstand.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit erfolgt die Beschreibung der Erhaltungsziele der wertbestimmenden Vogelarten und der weiteren maßgeblichen Vogelarten im Europäischen Vogelschutzgebiet in den Anlagen 3 und 4. Die in den Anlagen genannten Maßnahmen orientieren sich hierbei am aktuellen Wissensstand und beruhen unter anderem auf den Vollzugshinweisen für Arten (Hrsg. NLWKN)<sup>7</sup> Der besondere Schutzzweck dient der Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der genannten Vogelarten sowie ihrer Lebensräume.

Der allgemeine Schutzzweck und die spezifischen Erhaltungsziele des Gebietes sind existenziell miteinander verbunden und begründen damit, unter Beachtung der Vorgaben der Natura 2000-Richtlinie, alle Ge- und Verbote der Verordnung sowie Pflege-, Erhaltungs-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen im Gebiet.

## **Zu § 3 Verbote**

### **Absatz 1**

§ 3 Absatz 1 der Verordnung basiert auf den vorsorgenden allgemeinen Schutzvorschriften des § 23 Absatz 2 S. 1 BNatSchG. Diese Vorschrift ist als ein **generelles Veränderungsverbot** des Gebietes oder seiner Teile zu verstehen. Es bezieht sich nicht nur auf Handlungen, die im NSG

---

<sup>6</sup> Standarddatenbogen (SDB); NLWKN; o.J.; URL: <https://www.nlwkn.niedersachsen.de/eu-vogelschutzgebiete/eu-vogelschutzgebiet-v11-hunteniederung-132556.html>

<sup>7</sup> Vollzugshinweise für Arten und Lebensraumtypen; NLWKN; o.J.; URL: <https://www.nlwkn.niedersachsen.de/vollzugshinweise-arten-lebensraumtypen/vollzugshinweise-fuer-arten-und-lebensraumtypen-46103.html>

ausgeführt werden, sondern auch auf Handlungen, die von außen in das Gebiet hineinwirken und eine Zerstörung, Beschädigung, Veränderung oder nachhaltige Störung verursachen können. Zur Konkretisierung des Veränderungsverbot werden einzelne aus dem Schutzzweck abgeleitete verbotene Handlungen aufgezählt. Diese Aufzählung ist demnach nicht abschließend. Es können folglich auch noch weitere Handlungen, die den Schutzzweck beeinträchtigen, im Einzelfall verboten sein.

#### **Ziffer 1**

**Kraftfahrzeuge** können aufgrund von Motor- und Rollgeräuschen, schnellen Bewegungen, Türschlagen oder auch durch bloße Anwesenheit die Ruhe und das Landschaftserleben stören und zu einer Beunruhigung der Fauna führen. So halten sensible Vogelarten zu viel befahrenen Straßen einen artspezifischen Abstand ein, der das Gebiet, welches den Vögeln störungsfrei zur Verfügung steht, stark einschränkt. Zudem ergibt sich insbesondere für nicht flugfähige Jungvögel eine erhöhte Mortalität, da sich diese auf den asphaltierten Wegen nach Schlechtwetterperioden häufig aufwärmen.

Auch durch das Betreiben von ferngesteuerten Modellfahrzeugen aller Art können die Ruhe und das Landschaftserleben gestört werden und es kann zu einer Beunruhigung der Fauna kommen. Aufgrund der vorgenannten Schilderungen stünden diese Handlungen im Widerspruch zum Schutzzweck der NSG-VO und sind daher verboten.

Durch das Befahren oder Abstellen von Kraftfahrzeugen sowie Anhängern auf den nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Verkehrswegen und -flächen im Schutzgebiet kann es zur Boden- und Gewässerverunreinigung z.B. durch Öl sowie zu Bodenverdichtung und Beschädigung der Vegetation entlang der Wegeränder kommen; neben der Belastung mit ökotoxikologisch wirksamen Substanzen ist eine Ausbreitung von Störzeigern in der Vegetation zu erwarten. In einem Schutzgebiet ist dies zu verhindern. Weiterhin stellen abgestellte Kraftfahrzeuge sowie Anhänger eine visuelle Störung für die wertgebenden Vogelarten dar.

#### **Ziffer 2 und 3**

Das **Abstellen von Anhängern oder sonstigen Geräten**, das Aufstellen von Wohnwagen und anderen für die Unterkunft geeigneten Fahrzeugen, Einrichtungen oder Mobilheimen, das Betreiben von **Modellflugzeugen und Drohnen** und das Steiglassen von Drachen im Gebiet ist untersagt, da es eine visuelle Beeinträchtigung für die wertgebenden Vogelarten darstellt, die zu einer Beeinträchtigung des Lebensraumes der störungsempfindlichen Arten führen kann und somit dem Schutzzweck entgegensteht.

Jede Art von Flugbewegungen über dem Gebiet stellt eine Störung der Brut- und Gastvogelarten des EU-VSG dar, was sich unmittelbar auf den Bestand sowie den Reproduktionserfolg der Arten im Gebiet auswirken kann.

Mit Urteil vom 26. Januar 2023 – BVerwG 7 CN 1.22 – hat das BVerwG eine im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens geprüfte NSG-VO insoweit für unwirksam erklärt, als diese Regelungen zu **bemannten Luftfahrzeugen** enthielten. Laut BVerwG ist eine Naturschutzbehörde nicht befugt, Flugbeschränkungen für bemannte Luftfahrzeuge im Wege einer Naturschutzgebietsverordnung anzuordnen. Dies gilt auch in FFH- und EU-Vogelschutzgebieten sowie für den

Luftraum bis 150 m über dem Boden oder Wasser. Für den unbemannten Luftverkehr gelten die Regelungen des § 21 h Abs. 3 Nr. 6 Luftverkehrs-Ordnung (LuftVO)<sup>8</sup>.

Der längere Aufenthalt innerhalb des NSG führt grundsätzlich zu einer Störwirkung auf die Fauna und steht somit dem Schutzzweck des Gebietes entgegen. Durch Aktivitäten wie **Lagern<sup>9</sup>, Zelten oder Campen, Grillen und das Entfachen von offenem Feuer** werden Pflanzenbestände zerstört und Tiere nachhaltig gestört. Außerdem kommt es oftmals zur Ablagerung von Müll und erhöhter Lärmbelastung. Durch das Verbot von offenem Feuer wird die Entwicklung unkontrollierter Brände im NSG unterbunden. Aufgrund der störenden Wirkungen dieser Nutzungen insbesondere auf die wertgebenden Vogelarten des EU-VSG V11, sind diese im NSG verboten.

Das Verbot des **Schlittschuhlaufens** bezweckt insbesondere eine Beruhigung des Gebietes in den Wintermonaten. Dies ist von besonderer Wichtigkeit für die überwintrenden Gastvogelarten, die bei einer Annäherung von Menschen mit Flucht reagieren, was zu einem erhöhten Energiebedarf und somit zu einer Beeinträchtigung der Vitalität führt.

#### Ziffer 4

Die **Errichtung von baulichen Anlagen aller Art**, auch von solchen, die keiner Genehmigung nach der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) bedürfen, ist verboten, da dies mit dem Schutzzweck nicht vereinbar ist. Bauliche Anlagen aller Art stellen eine Veränderung des offenen Landschaftsraumes dar; sie werden sowohl von Menschen als auch von Tieren, insbesondere den wertgebenden Vogelarten, optisch als Fremdkörper wahrgenommen und besitzen somit ein Störpotenzial, welches die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Lebensraum- und Biotoptypen erschwert.

Die Errichtung vertikaler baulicher Anlagen widerspricht zudem dem Gebietscharakter der großräumig offenen, störungsarmen Niederungslandschaft und stellt zum anderen aufgrund der Zerschneidungswirkung sowie aufgrund der artspezifischen Abstände zu Bauwerken durch die Verkleinerung des von ihnen störungsfrei nutzbaren Raumes eine Beeinträchtigung der Habitate der Wiesenvögel dar.

Auch eine wesentliche Veränderung oder ein Ausbau bestehender baulicher Anlagen kann dem Schutzzweck zuwiderlaufen und ist somit verboten. Dies umfasst auch Nutzungsänderungen bestehender baulicher Anlagen.

#### Ziffer 5

Innerhalb des NSGs ist es verboten, die **bestehenden Wege auszubauen, wesentlich zu verändern oder neue Wege** anzulegen. Im NSG sind für die zulässigen Nutzungen ausreichend Wege vorhanden (Deichverteidigungswege), so dass die Neuanlage von Wegen nicht erforderlich ist. Ein weiterer Ausbau oder Neubau von Wegen, würde verschiedene Schutzfunktionen des Gebietes beeinträchtigen. So käme es z. B. durch weitere Wege zur Störung sensibler Brut- und Gastvogelarten.

---

<sup>8</sup> Luftverkehrs-Ordnung vom 29.10.2015, zuletzt geändert durch Art. 2 G des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1766)

<sup>9</sup> Unter dem Begriff des Lagerns im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 2 versteht sich das Ruhen und Übernachten ohne Zelt, unabhängig von der Verwendung einer Plane (Tarp) zum Schutz vor Wind und Regen.

#### **Ziffer 6 und 7**

Um die Lebensraumfunktionen für die Tiere und auch die Erholungsfunktion zu erhalten, dürfen **wildlebende Tiere und die Ruhe der Natur nicht durch Lärm, Licht oder auf andere Weise gestört** werden. Da die inter- und intraspezifische Kommunikation der Avifauna durch anthropogenen Lärm in erheblichem Maße beeinträchtigt werden kann, Revier- und Balzgesänge nicht mehr wahrnehmbar werden und anthropogene Störungen zudem Fluchtverhalten auslösen, widersprechen derartige Handlungen dem Schutzzweck und sind daher verboten.

Das NSG stellt einen Rückzugsraum für störungsempfindliche, teilweise in ihrem Bestand bedrohte Tiere – insbesondere Vogelarten - dar. Das Gebiet soll ebendiesen als ungestörtes Brut- und Rastgebiet uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Daher ist auch der Einsatz von akustischen und visuellen Vergrämnungsmaßnahmen im NSG auf Grundlage von § 23 Abs. 2 S. 1 BNatSchG verboten, um erhebliche Störungen wertgebenden Arten zu unterbinden.

Durch Beunruhigung oder Fangen der Tiere werden diese bei ihrer Nahrungsaufnahme, Vermehrung, etc. gestört, wodurch es zu einer verminderten Vitalität und Fortpflanzungsrate kommt. Daher sind Handlungen, wie die Entnahme oder Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen, nicht mit dem Schutzzweck vereinbar. Aus demselben Grund ist das Nachstellen von Tieren, auch um diese zu fotografieren, verboten.

#### **Ziffer 8**

Ungestörte Rückzugsräume für die Tierwelt sind in unserer heutigen Kulturlandschaft selten und damit schutzwürdig geworden. **Hunde** können infolge ihres Jagdinstinktes eine unmittelbare Gefahr und somit eine nachhaltige Störungsquelle für verschiedene Tierarten darstellen. Hunde hinterlassen auf den aufgesuchten Flächen Duftspuren, die bei Wildtieren zu einem Vermeidungsverhalten führen, wodurch der Lebensraum dieser Tierarten stark beeinträchtigt wird. Im NSG befinden sich ganzjährig störungsempfindliche Arten, welche die Flächen als Brut-, Rast- und Nahrungshabitat nutzen. Um eine Störung der Vögel zu verhindern, sind Hunde im NSG grundsätzlich verboten.

Freigestellt ist der Einsatz von Hunden als Hütehunde, Herdenschutz Hunde, Rettungshunde, Diensthunde, Assistenzhunde oder im Rahmen der ordnungsgemäßen Jagdausübung. Im Rahmen ihrer Tätigkeit dürfen die Hunde, sofern dies zur Ausübung ihrer Tätigkeiten erforderlich ist, auch außerhalb der Straßen und Wege in dem Schutzgebiet laufen gelassen werden. Freigestellt ist das Mitführen von Hunden ausschließlich, sofern sich diese „im Dienst“ befinden, ein Mitführen entsprechender Hunde, die nicht „im Dienst“ sind, ist unzulässig. Weiterhin wird auf die Regelungen zum allgemeinen Betretungsverbot gemäß § 3 Abs. 2 der NSG-Verordnung hingewiesen.

#### **Ziffer 9**

Der **Anbau von Sonderkulturen sowie die Pflanzung von Gehölzen sowie Erstaufforstungen** im Allgemeinen stehen der Erhaltung und Entwicklung einer großräumig offenen, gehölzfreien, störungsarmen Niederungslandschaft als Wiesenvogellebensraum (Schutzziel) als gebietsunübliche Strukturen entgegen und sind somit verboten. Zu den Sonderkulturen zählen beispielsweise Blumenfelder, Baumschulen, Obstbauplantagen, Weihnachtsbaum-, Energieholz- oder Kurzumtriebsplantagen.

#### Ziffer 10

Die im NSG vorkommenden Pflanzen- und Pilzarten bilden, in Form verschiedener Biotoptypen, den Lebensraum für die wertgebenden sowie die weiteren für das EU-VSG V11 maßgeblichen Vogelarten. Zum Schutz dieser Lebensräume ist die **Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung wildwachsender Pflanzen- und Pilzarten** im NSG untersagt. Des Weiteren befinden sich im NSG mehrere, gemäß § 30 BNatSchG geschützte Biotope, die durch die Entnahme oder Zerstörung von wildlebenden Pflanzen beeinträchtigt oder zerstört werden könnten.

#### Ziffer 11

Durch die **Einbringung gebietsfremder<sup>10</sup> und / oder invasiver<sup>11</sup> Arten** kann es zur Zerstörung der schützenswerten Lebensgemeinschaften kommen, da das natürliche Gleichgewicht der Arten mit ihren vielfältigen Wechselbeziehungen beeinträchtigt wird. Gebietstypische Arten können durch gebietsfremde Arten verdrängt und dadurch Lebensräume entwertet werden. Daher ist das Einbringen nicht standortheimischer und / oder invasiver Arten im NSG verboten.

Neben gebietsfremden und / oder invasiven Arten, können auch gentechnisch veränderte Organismen eine Gefährdung für das NSG darstellen. Durch sie kann es zu einer Verdrängung oder Schädigung heimischer Arten kommen, die sich negativ auf das Gebiet und die betroffenen Arten auswirken würde. Aus diesem Grund ist auch das **Einbringen / Anbauen gentechnisch veränderter Organismen** im NSG untersagt.

Durch diese Vorgaben soll insbesondere sichergestellt werden, dass die vorhandenen Lebensräume der wertgebenden sowie der weiteren maßgeblichen Vogelarten des EU-VSG V11 langfristig erhalten werden und somit den Arten als Brut-, Aufzucht-, Nahrungs- und Rasthabitate zur Verfügung stehen können.

#### Ziffer 12

Um einen guten ökologischen und chemischen Zustand der Gewässer und ihrer Lebensgemeinschaften, insbesondere der Arten gem. Anhang II der FFH-RL wie Schlammpeitzger, Steinbeißer und Bitterling, zu erhalten bzw. zu erreichen, ist es erforderlich, **das Einbringen und Einleiten von Stoffen jeglicher Art in Gewässer** zu verbieten. Dieses Verbot dient, aufgrund der Nutzung der Gewässer und überschwemmter Bereiche, auch dem Schutz der wertgebenden sowie der weiteren für V11 maßgeblichen Vogelarten, welche die Bereiche unter anderem zur Nahrungssuche nutzen. Das Einbringen von Fischnahrung in die Gewässer des Gebietes durch die Fischereiberechtigten und Fischereiausübungsberechtigten zum Erhalt eines vitalen Fischbestandes stellt keine negative Beeinflussung des Gebietes dar und fällt daher nicht unter die Verbote des § 3 Abs. 1 Nr. 12 dieser Verordnung.

#### Ziffer 13

Da es durch eine Ablagerung oder Einbringung zu Beeinträchtigungen / Veränderungen der Standortbedingungen im NSG kommen kann, ist es verboten, Stoffe aller Art im NSG einzubringen oder abzulagern. Dieses Verbot umfasst auch Gartenabfälle, Schutt, landwirtschaftliche

---

<sup>10</sup> Gebietsfremd sind wildlebende Pflanzen- oder Tierarten, die im betroffenen Gebiet nicht vorkommen oder seit mehr als 100 Jahren dort nicht mehr vorgekommen sind.

<sup>11</sup> Invasive Arten gemäß Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten. Am 15.8.2019 ist die zweite Erweiterung der Unionsliste mit 17 invasiven Arten in Kraft getreten.

oder forstwirtschaftliche Abfälle sowie Bodenbestandteile. Durch ein **Ablagern oder Einbringen von Stoffen aller Art** kann es zudem zu einem Eintrag von Fremdstoffen oder gebietsfremden Arten kommen, was sich beispielsweise negativ auf die Lebensraumqualität des Gebiets für die wertgebenden Vogelarten auswirken würde. Darüber hinaus sollen durch dieses Verbot auch unerwünschte Verdichtungen des Bodens verhindert werden, die sich negativ auf die Stocherfähigkeit im Rahmen der Nahrungssuche vieler Vogelarten auswirken können.

#### **Ziffer 14 und 15**

Da viele der im EU-VSG vorkommenden Vogelarten auf stocherfähige Böden mit oberflächennahen Grundwasserständen und zumindest zeitweise auftretenden Überschwemmungen angewiesen sind, sind alle Maßnahmen, die zu einer **Veränderung des Wasserhaushalts**, insbesondere zum Absenken des Grundwasserstandes führen, im NSG verboten. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen wie die Beseitigung, wesentliche Umgestaltung (z. B. Ausbau) und Neuanlage von Gewässern aller Art sowie die Neuanlage von Gräben, Gräben sowie Drainagen, die Anlage von Brunnen sowie die Entnahme von Wasser. Weiterhin zählen dazu auch Maßnahmen, die von außen in das Gebiet hineinwirken und zur Beeinträchtigung des Schutzgebietes oder seiner Teilflächen führen können. Ein niedriger Wasserstand im Gebiet führt u.a. bei den Marsch- und Moorböden im Gebiet dazu, dass der Boden austrocknet und zur Nahrungssuche nicht zur Verfügung steht. Über die EU-Vogelschutzrichtlinie besteht für das NSG eine internationale Schutzverpflichtung, geeignete Lebensräume für die wertbestimmenden Arten (u.a. Wiesenbrutvogelarten) zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Die Einhaltung von Mindestwasserständen, insbesondere während der Brutzeit und der Zeit der Aufzucht der Jungvögel, ist eine Grundvoraussetzung für den Reproduktionserfolg. Neben der zur Nahrungssuche erforderlichen Bodenfeuchte (stocherfähiger Boden), führen niedrige Wasserstände auch zu einer erhöhten Prädationsgefahr für Gelege und Jungtiere.

Als Gewässer im Sinne dieser Verordnung gelten alle ganzjährig oder zeitweise wasserführenden natürlichen und angelegten Fließ- und Stillgewässer, auch solche, die nicht dem Wasserrecht unterliegen.

#### **Ziffer 16**

Im NSG ist es verboten, die **natürliche Oberflächengestalt** zu verändern. Die natürliche Oberflächengestalt des Bodens mit ihren Unebenheiten wie Mulden, Rinnen, Senken und Erhöhungen stellt vielfältige Lebensraumstrukturen zur Verfügung, die als Habitat unterschiedlichster Arten von großer Bedeutung sind. Die Veränderung der Gestalt der Bodenoberfläche z. B. durch Verfüllung oder Einebnung von Vertiefungen, die Entnahme von Boden oder Bodenbestandteilen, Sprengungen, Bohrungen und Grabungen ist nicht erlaubt, da hierdurch bedeutende Lebensräume zerstört und somit unter anderem die wertgebenden Arten des EU-VSG V11 beeinträchtigt werden.

Nicht unter dieses Verbot fällt die Entnahme von Bodenproben mittels eines Pürckhauers oder eines vergleichbaren Probeentnahmegeräts, etwa zur Untersuchung der Nährstoffgehalte des Bodens im Rahmen der landwirtschaftlichen Nutzung oder zur Analyse der Bodenzusammensetzung im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

#### **Ziffer 17**

Das NSG dient einer Vielzahl von störungsempfindlichen Arten als Brut-, Aufzucht-, Nahrungs- und Rasthabitat. In den Wintermonaten werden die Überschwemmungsflächen im NSG zudem von Gastvogelarten als Schlafgewässer genutzt. Das **Zünden von Feuerwerkskörpern** führt



insbesondere für die Avifauna zu visuellen und akustischen Störreizen. Diese Störreize lösen, wie auch **Vergrämnungsmaßnahmen aller Art** bei Tieren Panik und erheblichen Stress aus. Dies steht im Widerspruch zum Schutzzweck und den Erhaltungszielen und sind daher im NSG untersagt.

#### **Ziffer 18**

Der Neubau jeglicher **Leitungen, z.B. Freileitungen und Erdkabel** sowie Einfriedungen oder nicht mobiler Einzäunungen ist verboten, da dies mit dem Schutzzweck nicht vereinbar ist. Freileitungen stellen hierbei ein Hindernis, eine Störung sowie eine Gefährdung insbesondere für Vögel dar. Bei den baulichen Maßnahmen zur Verlegung von Leitungen jeglicher Art kann es zu starken Beeinträchtigungen, einschließlich von erheblichen Störungen, der wertgebenden Vogelarten des Schutzgebietes und seiner Bestandteile sowie geschützter Biotope kommen. Auch die wesentliche Veränderung bestehender Anlagen dieser Art ist verboten, damit ausgeschlossen werden kann, dass der Schutzzweck durch die Veränderung beeinträchtigt wird.

#### **Ziffer 19**

Die Errichtung und das Aufstellen von **Bild- oder Schrifttafeln** ist im NSG untersagt, da es durch die Aufstellung weithin sichtbarer Tafeln zu einer Beeinträchtigung der offenen Wiesenlandschaft im NSG kommt, die dem Schutzzweck, insbesondere der Eigenart und Schönheit der Landschaft, widerspricht.

#### **Ziffer 20**

**Organisierte Veranstaltungen** im NSG sind verboten, da sie in vielerlei Hinsicht zu Beeinträchtigungen des NSG führen können. Das größte Potenzial für Beeinträchtigungen des NSG besteht hierbei in Störungen, die durch einen erhöhten Geräuschpegel sowie ein erhöhtes Personenaufkommen insbesondere störungssensible Arten, darunter z. B. Vogelarten, zur Flucht veranlassen. Da das NSG ein möglichst störungsarmer Raum sein soll, sind organisierte Veranstaltungen im NSG untersagt.

Als organisierte Veranstaltungen gelten insbesondere Sportveranstaltungen, (naturkundliche) Führungen, Exkursionen, Wanderungen oder Sichtungen sowie alle gewerblichen Veranstaltungen, alle Veranstaltungen, die öffentlich angekündigt werden (z.B. in Zeitungen, Zeitschriften, sozialen Medien, auf Internetseiten oder in öffentlich ausgelegtem oder verteiltem Werbematerial) sowie Veranstaltungen von Vereinen, Institutionen, etc.

Weiterhin wird auf die Regelungen zum allgemeinen Betretungsverbot gem. § 3 Abs. 2 der Verordnung hingewiesen.

#### **Absatz 2 - Allgemeines Betretungsverbot**

In § 3 Abs. 2 der Verordnung wird das allgemeine Betretungsverbot für das NSG geregelt. Gemäß § 23 Abs. 2 S. 2 BNatSchG<sup>12</sup> können Naturschutzgebiete der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden, soweit es mit dem Schutzzweck vereinbar ist. Gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 und

---

<sup>12</sup> Bundesnaturschutzgesetz § 23 Absatz 2 Satz 2: „Alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebiets oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, sind nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten. Soweit es der Schutzzweck erlaubt, können Naturschutzgebiete der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.“

§ 2 NNatSchG<sup>13</sup> dürfen NSG außerhalb der Wege nicht betreten oder anderweitig aufgesucht werden.

Im NSG Moorhauser Polder kommen störungsempfindliche Tierarten vor. Zu deren Schutz und Entwicklung sind störungsfreie Bereiche erforderlich, die für die Allgemeinheit nicht zugänglich sind (**Betretungsverbot**). Das NSG darf zum Schutz der vorkommenden Fauna und Flora sowie zur Verhinderung der Verschlechterung der Erhaltungszustände der wertgebenden Arten außerhalb der in der Verordnungskarte (Anlage 2 zur Verordnung) mittels einer Dreiecksschraffur gekennzeichneten Wege nicht betreten, befahren oder auf sonstige Weise aufgesucht werden. Unter „sonstige Weise“ wird insbesondere das Baden/Schwimmen, Eislaufen, Inliner-/Rollschuhfahren, Reiten und Radfahren sowie das Befahren mit Fahrzeugen aller Art wie z.B. Roller, Quad, Wingskates oder anderen Fahrzeugen mit großen Segeln, etc. verstanden.

Bei den gekennzeichneten Wegen handelt es sich um die Deichsicherungswege. Das Deichrecht sieht eine Nutzung der Deiche nur zum Zweck der Deicherhaltung vor. Die öffentliche Nutzung der Deichwege unterliegt somit auch den damit verbundenen Einschränkungen.

## **§ 4 Freistellungen**

### **Absatz 1**

Das generelle Veränderungsverbot gemäß § 3 der Verordnung wird in § 4 durch die Freistellung von bestimmten Handlungen bzw. Maßnahmen teilweise wieder aufgehoben. Allgemein freigestellte Handlungen und Nutzungen bedürfen keiner besonderen Zulassung oder Genehmigung. Bislang ausgeübte Nutzungen, Handlungen oder Maßnahmen können freigestellt werden, wenn sie vor dem Hintergrund des strengen Schutzes gemäß § 23 BNatSchG mit dem Schutzzweck des Gebietes vereinbar oder zu seiner Pflege und Entwicklung notwendig sind. In manchen Fällen ist eine Zustimmung oder Genehmigung der zuständigen Naturschutzbehörde oder eine Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde erforderlich.

Bestimmte Handlungen und Nutzungen werden durch Freistellungen in § 4 vom Veränderungsverbot ausgenommen; dabei steht die Vereinbarkeit der jeweiligen Handlungen mit dem Schutzzweck bzw. auch die Notwendigkeit einer bestimmten Nutzung zur Erreichung eines Schutzzieles im Vordergrund. Veränderungen wie z. B. gezielte Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Sinne des Schutzzweckes fallen nicht unter das Veränderungsverbot.

### **Absatz 2**

Die folgenden Ausführungen dienen der Konkretisierung der Freistellungen. Die Bestimmungen der EU-Vogelschutzrichtlinie, der FFH-Richtlinie, der Eingriffsregelung gemäß § 14 ff. BNatSchG und der Verträglichkeitsprüfung gemäß § 34 BNatSchG bleiben hiervon unberührt.

### **Ziffer 1**

Unter dem Begriff des **Befahrens** gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 1 der Verordnung ist neben dem Befahren mit Kraftfahrzeugen auch das Befahren der Gewässer des Gebiets mit Booten aller Art (auch mit Motorbetrieb) zu verstehen, sofern dieses Befahren unter die Freistellung gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 1 der Verordnung fällt, also beispielsweise durch Behörden zur Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben. Die Herstellung des Einvernehmens mit der zuständigen Naturschutzbehörde

---

<sup>13</sup> Niedersächsisches Naturschutzgesetz, § 16 Naturschutzgebiete (zu § 23 BNatSchG)

ist nicht erforderlich, wenn die Behörde oder öffentliche Stelle sowie deren Beauftragte bereits durch andere Rechtsermächtigungen hierzu befugt sind. Dazu zählt z.B. die Durchführung der hoheitlichen Aufgabe des WRRL- und FFH-Monitorings durch das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit – Fachdezernat Binnenfischerei – Fischereikundlicher Dienst (LAVES).

Nicht unter den Begriff des Befahrens, sondern unter den Begriff des **Betretens** gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 1 der Verordnung fällt, im Sinne der Gleichbehandlung, das Befahren des Gebiets mit einem Rollstuhl oder einem vergleichbaren Hilfsmittel.

Um sicherzustellen, dass es bei organisierten Veranstaltungen nicht zu einer Beeinträchtigung des Schutzzwecks kommt, unterliegen Veranstaltungen einem Zustimmungsvorbehalt der zuständigen Naturschutzbehörde. Die zuständige Naturschutzbehörde kann hierbei auch Regelungen zu Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise treffen, sofern dies zum Schutz des Gebiets erforderlich ist (vgl. Erläuterungen zu § 4 Abs. 8). Da das Gebiet auch durch die Durchführung wissenschaftlicher Forschung und Lehre sowie durch Maßnahmen zur Bildung und Information, etwa durch die Erstellung von Videoaufnahmen zur Umweltbildung, negativ beeinflusst werden kann, ist für derartige Handlungen ebenfalls die vorherige Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde erforderlich.

### **Ziffer 2 und 3**

Erforderliche Maßnahmen zur **Gefahrenabwehr**, zum Katastrophenschutz, zum Hochwasserschutz, zur Kampfmittelbeseitigung, zur Verkehrssicherungspflicht und zur Unfallfolgenbekämpfung sind zulässig. Sofern es sich nicht um eine gegenwärtige erhebliche Gefahr handelt, die sofortiges Handeln erfordert, gilt eine Anzeigepflicht von vier Wochen vor Maßnahmenbeginn, um sicherzustellen, dass die vorgesehenen Maßnahmen dem Schutzzweck nicht zuwiderlaufen. Bei Maßnahmen, die ein sofortiges Handeln erfordern, ist die zuständige Naturschutzbehörde nach der Durchführung der Maßnahmen unverzüglich über die durchgeführten Maßnahmen zu informieren. Darüber hinaus finden bei der Erfüllung von Aufgaben der Gefahrenabwehr einzelgesetzliche Vorschriften sowie die Regelungen des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG) Anwendung.

Die **Hunte**, eine **Bundeswasserstraße**, welche unmittelbar an das Schutzgebiet angrenzt, erfordert neben im Bereich des Gewässers durchgeführten Maßnahmen mitunter auch Maßnahmen, die an den Ufern der Hunte durchgeführt werden müssen. Hierunter fällt etwa die verkehrssichere Kenntlichmachung der Wasserstraße, etwa durch eine entsprechende, zu unterhaltende Beschilderung. Da sich bereits aus dem Bundeswasserstraßengesetz die Verpflichtung zur Berücksichtigung des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes im Rahmen der Unterhaltung ergibt, sind Maßnahmen, die der Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes oder der Unterhaltung der Hunte als Bundeswasserstraße dienen, allgemein freigestellt, sofern bei ihrer Durchführung der Schutzzweck des Gebiets beachtet wird.

### **Ziffer 4 – 6**

**Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung** sowie Untersuchung und Kontrolle des Gebietes im Auftrag oder auf Anordnung der zuständigen Naturschutzbehörde oder mit deren Zustimmung sind zulässig, da sie zur positiven Gebietsentwicklung beitragen. Auch Maß-

nahmen zur wissenschaftlichen Forschung und Lehre sowie zur Umweltbildung und -dokumentation, darunter fallen auch Filmaufnahmen zur Erstellung von Dokumentationen, sind positiv zu bewerten, sofern diese dem Schutzzweck nicht zuwiderlaufen. Aus diesem Grund sind derartige Handlungen mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig.

Dem Management von invasiven und / oder gebietsfremden Pflanzen- und Pilzarten sowie deren Entfernung aus dem NSG kommt eine hohe Bedeutung zu. Das Management soll die Auswirkungen invasiver und / oder gebietsfremder Arten auf die Biodiversität und die damit verbundenen Ökosystemdienstleistungen minimieren. Für verschiedene Arten liegen abgestimmte Managementmaßnahmen vor, die einen Rahmen vorgeben, der für das NSG schutzgebietsbezogen angepasst wird.

#### **Ziffer 7**

Zum Schutz des Gebietes ist die Bekämpfung **invasiver Tierarten**, die nicht dem Jagdrecht unterliegen, im NSG zulässig. Um einer durch die Bekämpfungsmaßnahmen verursachten Beeinträchtigung des NSG vorzubeugen, ist zur Durchführung derartiger Maßnahmen das Vorliegen einer Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde erforderlich. Ausgenommen von diesem Zustimmungsvorbehalt ist die behördlich koordinierte Bekämpfung des **Bisam**, da dessen Bekämpfung für die Deichsicherheit relevant ist und die Bekämpfung zudem durch die Landwirtschaftskammer Niedersachsen koordiniert wird. Bei der Verwendung von Fangmitteln und -geräten sind geeignete Mittel zu wählen, die nicht dem Schutzzweck zuwiderlaufen. Hierunter fallen auch selektive Totschlagfallen, die ein Erlegen der wertbestimmenden und der weiteren für das EU-VSG maßgeblichen Vogelarten sowie von anderen geschützten Tieren, insbesondere Fischottern (*Lutra lutra*) und Bibern (*Castor fiber*), ausschließen.

#### **Ziffer 8**

Das Verlegen von Leitungen entlang bestehender Verkehrswege ist nach vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde freigestellt, da davon ausgegangen wird, dass es dadurch nicht zu Handlungen kommt, die dem Schutzzweck des Gebietes zuwiderlaufen.

#### **Ziffer 9 - 11**

Die Nutzung, der Betrieb und die Unterhaltung rechtmäßig bestehender oder zulässigerweise errichteter Anlagen und Einrichtungen sind freigestellt. Hierzu zählen z. B. Versorgungs- und Entsorgungsleitungen, Grundwassermessstellen oder Stauanlagen sowie insbesondere auch die Anlagen für den Deich- und Küstenschutz. Alle Tätigkeiten, die zur Nutzung, zum Betrieb und zur Unterhaltung dieser Anlagen erforderlich sind, können weiterhin durchgeführt werden. Die Pflege und Unterhaltung der Deiche inklusive der Deichverteidigungswege und der Sielbauwerke ist grundsätzlich freigestellt. Die Pflege und Unterhaltung der Deiche ist nach dem Niedersächsischen Deichgesetz geregelt. Unter die Unterhaltung der Deiche fallen insbesondere folgende Tätigkeiten: Unterhaltung der Deichsicherungswege, Treibgutbeseitigung, Rückschnitt der begleitenden Gehölzbestände, Instandsetzung der Schafzäune, Beweidung der Deiche mit Schafen sowie Mahd der Deiche. Instandsetzungsmaßnahmen des Deichkörpers, die mit Rammarbeiten jeder Art einhergehen, benötigen die vorherige Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde.

Im Gegensatz zu den Unterhaltungsarbeiten sind **Instandsetzungsarbeiten** von **Deich- und Küstenschutzanlagen** durch einen größeren Materialeinsatz sowie möglichen Beeinträchti-

gungen oder Störungen durch baubedingte Auswirkungen (z.B. lärmbedingte Beeinträchtigungen durch das Rammen) geprägt. Die Instandsetzung der bestehenden rechtmäßigen Deich- und Küstenschutzanlagen im NSG ist freigestellt, da der Erhalt der Deich- und Küstenschutzanlagen im öffentlichen Interesse liegt. Um sicherzustellen, dass es durch die Instandsetzungsmaßnahmen nicht zu einer Beeinträchtigung des Schutzzwecks kommt, sind Rammarbeiten jeder Art im NSG nur mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde sowie mit einer Anzeigepflicht von mindestens vier Wochen vor Durchführung der Maßnahme zulässig. Von dieser Anzeigepflicht kann abgewichen werden, wenn die Maßnahme der Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr oder eines unmittelbar drohenden erheblichen Schadens dient und ein Aufschub nicht zu vertreten ist.

Eine **Instandsetzung der weiteren bestehenden rechtmäßigen Anlagen und Einrichtungen** (z. B. Versorgungs- und Entsorgungsleitungen, Grundwassermessstellen oder Stauanlagen) ist unter dem Vorbehalt der vorherigen Zustimmung durch die zuständige Naturschutzbehörde freigestellt. Die Zustimmung ist erforderlich, um vorab prüfen zu können, ob die Maßnahme schutzzweckkonform ist. Davon ausgenommen sind jedoch Maßnahmen, die bei Gefahr im Verzug oder einer akuten Betriebsstörung sofort durchgeführt werden müssen. In diesem Fall ist die zuständige Naturschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen. Der Begriff der Instandsetzung bezieht sich auf Maßnahmen, die bei bereits eingetretenen Mängeln und Schäden zur Wiederherstellung eines früheren bestimmungsgemäßen Zustandes dienen. Es handelt sich um eine Instandsetzung, wenn der bestimmungsgemäße Gebrauch ohne die Maßnahmen nicht mehr möglich ist.

Unvermeidbare Maßnahmen zum Ausbau bzw. zur Neueinrichtung baulicher Anlagen und Leitungen, die sich im NSG befinden oder in dieses hineinwirken können, werden durch § 5 – Befreiungen - in der Verordnung geregelt. Sie erfordern eine Befreiung sowie eine FFH-Verträglichkeitsprüfung.

#### **Ziffer 12**

Die **Unterhaltung der Straßen und Wege** im NSG soll angepasst an die freigestellten Nutzungen erfolgen. Der Begriff der Unterhaltung bezieht sich auf Maßnahmen zur Pflege der Straßen und Wege innerhalb des vorhandenen Profils ohne Einbau von zusätzlichem neuem Material. Sofern Wege nicht mehr durch Unterhaltung funktionsfähig gehalten werden können und neues zusätzliches Material eingebracht werden muss, handelt es sich um eine Instandsetzung.

#### **Ziffer 13**

Die ordnungsgemäße **Instandsetzung** der Wege ist ausschließlich nach vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig. So soll gewährleistet werden, dass es durch entsprechende Baumaßnahmen nicht zu einem mit dem Schutzzweck in Widerspruch stehenden Handeln kommt und das Gebiet nicht beeinträchtigt wird. Ein Erhalt der Wege im NSG ist erforderlich, um die Erhaltung der Deiche sowie die Bewirtschaftbarkeit des NSG durch die Landwirtschaft weiterhin zu gewährleisten.

#### **Ziffer 14**

Die **Entnahme von (Einzel)gehölzen** sowie die fachgerechte Pflege von Gehölzen außerhalb des Waldes ist entsprechend der geltenden rechtlichen Vorgaben unter der Voraussetzung der vorherigen Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde freigestellt. Im Rahmen der Deich- und Gewässerunterhaltung werden die aufkommenden Gehölze im NSG regelmäßig

entfernt, um die Funktion der Gewässer und Deiche zu erhalten. Das NSG soll zum Schutz der Wiesenvögel jedoch auch ansonsten weitestgehend gehölzfrei sein, um offene Lebensbereiche für Wiesenvögel wiederherzustellen bzw. zu erhalten. Gehölze stellen zudem Verstecke für Bodenprädatoren dar und bieten Luftprädatoren Brut- und Ansitzmöglichkeiten, was sich negativ auf die Wiesenvogelarten auswirkt. Dadurch gehen diesen Arten störungsfreie Lebensräume verloren.

Um sicherzustellen, dass es bei Gehölzentnahmen nicht zu Beeinträchtigungen des NSG kommt, ist eine vorherige Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde erforderlich. So wird beispielsweise gewährleistet, dass es zu keinen Störungen der Gastvogelarten während der winterlichen Rastperiode kommt.

#### **Ziffer 15**

Maßnahmen zu deren Durchführung eine gesetzliche Verpflichtung besteht, sind von den Verboten der Verordnung freigestellt, sofern deren Verträglichkeit mit dem Schutzzweck gemäß § 34 BNatSchG gegeben ist. Die Verträglichkeit der Maßnahme mit dem Schutzzweck ergibt sich aus den Regelungen des § 34 BNatSchG in Verbindung mit § 2 dieser Verordnung.

#### **Absatz 3 - Landwirtschaft**

Die natur- und landschaftsverträgliche ordnungsgemäße Landwirtschaft ist von den aufgeführten Verboten des § 3 freigestellt, wenn die Grundsätze der guten fachlichen Praxis beachtet sowie die ergänzenden, gebietsspezifischen Vorgaben eingehalten werden. Unter die Grundsätze der guten fachlichen Praxis fallen die Vorgaben der für die Landwirtschaft geltenden gesetzlichen und untergesetzlichen Regelwerke, die Anforderungen des § 17 Abs. 2 Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG)<sup>14</sup> (nachhaltige Sicherung der Bodenfruchtbarkeit und Leistungsfähigkeit des Bodens als natürliche Ressource) sowie die Anforderungen des § 5 Abs. 2 BNatSchG. Schutzziel gemäß § 2 der Verordnung ist der Erhalt und die Entwicklung der Grünlandflächen als Bruthabitat für Wiesenvögel sowie als Lebensraum für rastende und überwinternde Gastvögel. Als allgemeines Leitbild für den Fortbestand und die Entwicklung des Grünlandes im NSG gilt insbesondere eine extensive, bodenschonende Bewirtschaftung bei möglichst hohen Gebietswasserständen und die Förderung des Artenreichtums der Wiesen und Weiden als Brut-, Rast- und Nahrungshabitate der wertgebenden Vogelarten. Die ergänzenden Regelungen zur landwirtschaftlichen Nutzung des NSG sind erforderlich, um ein Zuwiderlaufen der Nutzung mit dem Schutzzweck zu verhindern.

#### **Ziffer 1**

Die wertgebenden sowie die weiteren maßgeblichen Vogelarten des EU-VSG V11 sind zu einem nicht unerheblichen Anteil auf Grünland als Brut-, Aufzucht- und Nahrungshabitate angewiesen. Ein Umbruch von Grünland in Acker oder in andere Nutzungsformen widerspräche demnach dem Schutzzweck des NSG und ist aus diesem Grund untersagt. Des Weiteren stellt die landwirtschaftliche Nutzung der Grünlandflächen im NSG einen bedeutenden Bestandteil des Landschaftsbildes dar, der somit auch die Eigenart und Schönheit des Gebiets maßgeblich prägt.

---

<sup>14</sup> Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) in der Fassung vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Art. 7 G des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306)

Das **Grünlandumbruchverbot** ist auch in § 2a NNatSchG verankert. Ferner sei darauf hingewiesen, dass es sich bei dem NSG um ein Überschwemmungsgebiet handelt, in welchem gemäß § 78a Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG)<sup>15</sup> ein Umbruch von Grünland in Ackerland untersagt ist.

## **Ziffer 2**

Die **Grünland- und Narbenerneuerung** ist im NSG nicht zulässig. Unter das Verbot fallen auch die Erneuerung der Grasnarbe durch Umbruch oder flache bodenlockernde Verfahren bis 10 cm Tiefe und die Durchführung von Über-, Nach- oder Reparatursaat. Dieses Verbot begründet sich darin, dass es durch eine mechanische Zerstörung der Grasnarbe mittels Umbruchs in Verbindung mit der Nachsaat von Intensivgrasmischungen zur Bildung einer weitgehend geschlossenen Grasnarbe kommt, die den wertgebenden Wiesenvogelarten keine ausreichende Möglichkeit zur Nahrungssuche oder zur Aufzucht ihrer Jungen bietet. Insbesondere die Wiesenbrüter wie z.B. Uferschnepfe sind bei der Suche nach Insekten auf lückigen Bewuchs und artenreiches Grünland angewiesen. Ziel ist es, den naturschutzfachlichen Wert der Grünländer durch eine extensive Nutzung und Bewirtschaftung an die Bedürfnisse der im Gebiet vorkommenden schützenswerten Vogelarten anzupassen.

Nachsaaten zur Beseitigung von Wild- und Hochwasserschäden oder durch Treibsel verursachter Schäden sind zulässig, sofern hierzu für den Naturraum typische und handelsüblich verfügbare Gräser- und Kräutermischungen verwendet werden. Die Regelungen des § 40 BNatSchG sind zu beachten.

## **Ziffer 3**

Eine Veränderung des Bodenreliefs ist im NSG untersagt, was für die landwirtschaftliche Nutzung zur Folge hätte, dass eine Reparatur entstandener Flurschäden unzulässig wäre. Da das Verbot der Veränderung des Bodenreliefs dem Erhalt relevanter Habitatstrukturen dient und ein Flurschaden binnen eines Jahres nach dessen Entstehung nicht als relevante Habitatstruktur beurteilt wird, ist eine **Beseitigung von Flurschäden**, etwa durch Fahrspuren oder Trittschäden binnen eines Zeitjahres möglich. Durch diese Vorgabe wird gewährleistet, dass wertvolle Habitatstrukturen erhalten bleiben, während eine zeitnahe Reparatur, beispielsweise durch eine Bewirtschaftung in außergewöhnlich nassen Jahren entstandener Flurschäden und somit eine sichere Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen weiterhin möglich ist. Darüberhinausgehend ist es mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde im begründeten Einzelfall zudem möglich, ältere Flurschäden zu reparieren.

## **Ziffer 4 und 5**

Eine Durchführung zusätzlicher Entwässerungsmaßnahmen ist aus den bereits in der Begründung zu § 3 Abs. 1 Nr. 14 genannten Gründen unzulässig.

Eine **Entnahme von Oberflächenwasser zum Tränken von Weidetieren** ist im NSG zulässig. Dies richtet sich unter anderem nach dem Gemeindegebrauch von Gewässern sowie nach der Notwendigkeit einer ausreichenden Wasserversorgung der Weidetiere. Durch ein Tränken vor

---

<sup>15</sup> Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) in der Fassung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 7 G des Gesetzes vom 22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409)

Ort kann der wiederholte Transport größerer Wassermengen ins NSG, einschließlich dadurch bedingter Störungen, vermieden werden.

#### **Ziffer 6**

Um die Grünländer im NSG bewirtschaften zu können, ist eine Entwässerung der Flächen mittels der vorhandenen Gruppen und Gräben erforderlich. Da eine Weiterführung der landwirtschaftlichen Nutzung zur Gewährleistung geeigneter Nahrungs- und Rasthabitate erforderlich ist, ist es notwendig, dass eine Entwässerung der landwirtschaftlichen Flächen weiterhin in einem gewissen Umfang möglich ist. Aus diesem Grund ist eine **Gewässerunterhaltung durch Graben- und Gruppenaufreinigungen** und Instandsetzungen bis zum Niveau der ursprünglichen Leistungsfähigkeit zulässig. Um dennoch zu gewährleisten, dass es im Rahmen der Gewässerunterhaltung nicht zu Störungen und Beeinträchtigungen besonders oder streng geschützter Arten kommt, die dem Schutzzweck zuwiderlaufen würde, ist die Aufreinigung von Gräben und Gruppen nur in der Zeit vom 01.09. bis zum 01.12. eines jeden Jahres zulässig, da zu diesem Zeitpunkt weder ein größeres Brut- und Aufzucht- noch Rastgeschehen vorliegt. Da Instandsetzungen umfangreiche Maßnahmen darstellen, von denen eine Beeinträchtigung des NSG ausgehen kann, sind diese ausschließlich mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig.

#### **Ziffer 7 - 9**

Eine **Düngung** ist aus landwirtschaftlicher Sicht erforderlich, um die gewünschten Erträge und die Futterqualität abzusichern. Innerhalb des NSG zielt die Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen jedoch nicht auf eine ertragsorientierte intensive Nutzung, sondern auf eine am Schutzzweck orientierte Nutzung der Flächen ab. Durch eine Düngung steigt mit zunehmendem Einsatz die Gefahr von Nährstoffeinträgen in Grund- und Oberflächengewässer. Durch die mit einer intensiven Düngung der Flächen einhergehende Biomasseproduktion ist auch eine höhere Nutzungsfrequenz erforderlich. Dadurch verkürzt sich das Zeitfenster für eine erfolgreiche Brut der Wiesenvögel und im Falle eines Verlustes des Erstgeleges damit auch die Möglichkeit, Ersatzgelege anzulegen. Bodenbrütende Wiesenvögel benötigen zudem ein Mosaik aus lückigem, struktur- und artenreichem Dauergrünland als Lebensraum. Eine erhöhte Düngerzugabe, insbesondere von Stickstoff, führt zudem zur Dominanz von Gräsern und stickstoffliebenden Arten, was zu einem Rückgang artenreicher Grünländer mit hoher Biodiversität führt, und stellt daher eine erhebliche Beeinträchtigung dar. Durch die verminderte Stickstoffzugabe wird die landwirtschaftliche Nutzung weiterhin ermöglicht, gleichzeitig wird eine mögliche Auswaschung der Düngegaben in den Boden sowie in Grund- und Oberflächenwasser verringert und der Konkurrenzdruck für stickstoffempfindliche Pflanzenarten verringert, was insgesamt zur Steigerung der Biodiversität beiträgt. Die rechtlichen Vorgaben, etwa zu Gewässerabständen, sind zu beachten. Da es sich beim NSG ausschließlich um Grünlandflächen im öffentlichen Eigentum handelt, auf denen dem Naturschutz Vorrang gegenüber einer ertragsorientierten Landnutzung eingeräumt wird, ist auf den Flächen im NSG ausschließlich eine Erhaltungsdüngung zulässig.

Das Verbot einer Verwendung von **Gülleverschlauchungssystemen** oder anderen großflächig über die landwirtschaftlich genutzte Fläche gezogenen Zubringssystemen in der Zeit vom 15.03. eines Jahres bis zur ersten zulässigen Nutzung dient dem Schutz der Gelege und Küken, die durch derartige Systeme gefährdet würden, da sie überschleppt würden.



Das ganzjährige **Verbot des Ausbringens von Wirtschaftsdünger** oder sonstigen organischen Substanzen **aus der Geflügelhaltung** dient dazu, eine Übertragung von Krankheitserregern wie beispielsweise aviärer Influenza (Geflügelgrippe, H5N1) aus der Geflügelhaltung auf die Wildvögel zu unterbinden. Das Verbot umfasst hierbei sowohl Wirtschaftsdünger als auch andere organische Substanzen aus der gewerblichen und der privaten Geflügelhaltung, wobei die Geflügelhaltung sowohl die Nutz- als auch die Ziergeflügelhaltung umfasst.

#### **Ziffer 10**

Zum Schutz der Wiesenbrüter ist das **Befahren sowie die maschinelle Bearbeitung des Grünlandes** durch z.B. durch Walzen, Schleppen oder Striegeln vom 15.03. bis zur ersten Nutzung nicht zulässig; Abweichungen sind mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde auf Antrag zulässig. Durch diese Regelung wird sichergestellt, dass die Wiesenvögel ihre Bruten erfolgreich aufziehen können (Sicherung und Beruhigung der Brutplätze und der Aufzuchtplätze).

#### **Ziffer 11**

Das NSG stellt ein großräumiges Grünlandgebiet dar, welches insbesondere von Wiesenvogelarten zur Brut genutzt wird. Diese sind an bestimmte Habitatausprägungen gebunden. So ist auch eine regelmäßige Mahd der Grünländer von entscheidender Bedeutung für den Bruterfolg der Arten, da viele Wiesenvogelarten Bereiche mit hoher und dichter Vegetation meiden. Um den Erhaltungszielen und den artspezifischen Habitatansprüchen der einzelnen Wiesenvogelarten gerecht zu werden, ist die Grünlandbewirtschaftung jedoch mit den Lebensraumanprüchen der Wiesenvögel in Einklang zu bringen. Die Offenhaltung von Grünlandflächen dient zudem der Förderung der Biodiversität und dem Erhalt der Kulturlandschaft.

Die für die **Mahd** festgelegten Vorgaben im NSG richten sich nach dem Brutgeschäft der Wiesenvögel als Bodenbrüter, die sich je nach Art unterscheiden. Zum Schutz der Gelege und Küken der Wiesenvögel ist eine Mahd im NSG erst **ab dem 01.07.** des Jahres zulässig. Der Zeitpunkt für die Vorgabe basiert dabei auf den Kernbrut- und -aufzuchtzeiten der wertbestimmenden Vogelarten im Gebiet, unter Berücksichtigung eines relativ späten Brutbeginns, der sich aufgrund des erforderlichen winterlichen Wassereinstaus für die wertgebenden Gastvogelarten im Gebiet ergibt. Bei Verlust eines Nestes legen einige Arten wie der Kiebitz noch Nachgelege an. Durch die Festlegung eines späten Mahdtermins finden auch spät brütenden Arten wie z.B. Rotschenkel und Bekassine ungestörte Brut- und Aufzuchtplätze. Vom späten Mahdzeitpunkt profitieren auch Insekten sowie viele Pflanzen, die zur Samenreife gelangen können und deren Bestand somit gesichert wird. Um die Einschränkungen für die Landwirtschaft möglichst handhabbar zu halten und gleichzeitig mit den Erfordernissen zum Wiesenvogelschutz zu vereinbaren, besteht die Möglichkeit die Flächen, in Abhängigkeit vom Brutgeschehen, **ab dem 15.06.** des Jahres zu bewirtschaften, wenn die Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde dafür vorliegt. Die zuständige Naturschutzbehörde erteilt, sofern möglich, auf Anfrage die Freigabe der Flächen zur Mahd an die Flächenbewirtschaftler. Gemäß § 4 (3) dieser Verordnung kann im Einzelfall mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde eine frühere Mahd erfolgen, wenn dies aus landwirtschaftlichen Gründen geboten ist und der Schutzzweck nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt wird.

Zum Schutz der Wildtiere und insbesondere der Vögel erfolgt eine **Mahd nur von innen nach außen sowie nur zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang**, damit die Tiere die

Möglichkeit zur Flucht haben, da insbesondere Vögel in der Dunkelheit nicht das gleiche Fluchtverhalten zeigen wie am Tag. Sofern die Mahd bereits vor Sonnenuntergang begonnen haben sollte, ist es zulässig die Mahd auf dem betreffenden Flurstück auch nach Sonnenuntergang fortzuführen. Die Mahd ist schnellstmöglich zu beenden und es sind keine neuen Mäharbeiten zu beginnen.

Das **Mähgut ist von den Flächen vollständig abzufahren**, da es sonst zu einer Verarmung der Vegetation kommen kann, wenn das Mähgut die Vegetationsbestände überdeckt und dadurch von deren natürlicher Entwicklung abhält und sich negativ auf die Qualität und Artenzusammensetzung des Grünlandes auswirkt. Das Mähgut ist nach der Mahd – unter Berücksichtigung der Bodenverhältnisse – möglichst schnell von den Flächen zu entfernen. Sollte dies witterungsbedingt nicht umgehend möglich sein, kann die zuständige Naturschutzbehörde gemäß § 4 (3) im begründeten Einzelfall einer Abweichung von dieser Regelung zustimmen, sofern dies aus landwirtschaftlichen Gründen geboten ist und der Schutzzweck gem. § 2 nicht beeinträchtigt wird.

#### **Ziffer 12**

Für Bodenbrüter besteht bei einer Beweidung von Flächen das Risiko der Zerstörung ihrer Gelege. Je höher hierbei die Weidetierdichte ist, desto höher ist die Verlustrate durch Viehtritt. Die **Beweidungsdichte** wird deshalb zum Schutz der Bodenbrüter und ihrer Gelege während der Kernbrutzeit der Wiesenvögel bis zum 15.06. auf drei Rinder / ha oder 1 Großvieheinheit Schafe / ha festgelegt. Die Deiche unterliegen hingegen keinen Begrenzungen für die Beweidungsdichte, da die Schafbeweidung mit einer höheren Beweidungsdichte durch die sogenannte „Trippelwalze“ einer Verdichtung des Deichkörpers und somit dem Deichschutz dient.

Die Festlegung von Schafen und Kühen als ausschließliche Weidetierarten im Schutzgebiet begründet sich darin, dass diese Tierarten im Vergleich zu anderen Weidetiere wie beispielsweise Pferden, ein anderes Weideverhalten aufweisen (z. B. Bildung von Latrinen durch Pferde mit einhergehender punktueller Nährstoffkonzentration).

Die **Umtriebs- und Portionsweide** stellt eine intensive Form der Beweidung mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Artenzusammensetzung des Grünlandes dar, die nicht dem Schutzzweck entspricht. Sie ist daher abseits der Deiche verboten.

Die erforderliche Errichtung und Unterhaltung von **landschaftstypischen ortsüblichen Weidezäunen** aus Holzpfählen sind freigestellt. Als „ortsübliche, dauerhafte Weidezäune“ gelten dabei Einfriedungen, die im Zusammenhang mit der Tierhaltung eines Landwirts notwendig und stationär sind. In der Weidewirtschaft sind insbesondere Einfriedungen mit Holzpfählen und Stacheldraht, Weidezäune mit Holzpfählen und Schafdraht sowie Elektrozäune mit einer Höhe von maximal 1,30 m üblich. Für die Errichtung von nicht mobilen Zäunen, die in Material und Höhe hiervon abweichen, ist vorab eine Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde einzuholen. Die Errichtung eines Zauns zum Schutz von Weidevieh vor Wölfen ist gemäß der Definition des wolfsabweisenden Grundschutzes freigestellt (gemäß Richtlinie Wolf). Auch die Errichtung mobiler Weidezäune, insbesondere in Form mobiler Weidenetze, ist grundsätzlich freigestellt.

Die zuständige Naturschutzbehörde kann im begründeten Einzelfall **Abweichungen von den Verboten der Regelungen des Absatz 3** zustimmen, sofern die Abweichung aus landwirtschaftlichen Gründen geboten ist und der Schutzzweck gem. § 2 nicht beeinträchtigt wird oder

wenn sie für die Erreichung der Erhaltungsziele erforderlich ist. Die Abweichungen können zum Beispiel aufgrund besonderer Wetterlagen oder anderen nicht vorhersehbaren Umständen erforderlich werden und sind im Einzelfall zu prüfen.

### **Ziffer 13**

Damit der **Einsatz von Drohnen zur Wildtierrettung** (u.a. Aufspüren von Rehkitzen, Gelegen, Küken) mittels Wärmebildkamera unmittelbar vor der Mahd durch die Landwirtschaft und die Jägerschaft im jeweiligen Einzelfall mit dem Schutzzweck gem. § 2 vereinbar ist, bedarf es dazu einer vorherigen Genehmigung durch die zuständige Naturschutzbehörde.

### **Absatz 4 - Gewässerunterhaltung**

Freigestellt ist die ordnungsgemäße Gewässerunterhaltung an und in Gewässern zweiter Ordnung und dritter Ordnung nach den Grundsätzen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG)<sup>16</sup>, des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) sowie unter Berücksichtigung des geltenden „Leitfaden Artenschutz-Gewässerunterhaltung“<sup>17</sup> des Landes Niedersachsen in der jeweils gültigen Fassung sowie gebietsspezifischer Vorgaben.

Im NSG sorgen verschiedene Fließgewässer und Gräben für eine Entwässerung der Grünlandflächen. Für diese Flächen ist die Gewässerunterhaltung daher grundsätzlich erforderlich. Die Unterhaltungspflicht für die Gewässer II. Ordnung liegt in Niedersachsen gem. § 63 NWG bei den Unterhaltungsverbänden. Die Unterhaltungspflicht ist eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung (§ 39 WHG) und umfasst den ordnungsgemäßen und schadlosen Wasserabfluss sowie den Erhalt der Funktionen des Gewässers als Teil des Naturhaushaltes. Maßnahmen der Gewässerunterhaltung im NSG sind insbesondere die Räumung und Freihaltung und Schutz des Gewässerbetts einschließlich seiner Ufer sowie die Unterhaltung und der Betrieb der wasser-technischen Anlagen (z.B. Wulfsiel).

Unter Gewässer III. Ordnung fallen alle Gewässer, die nicht Gewässer I. oder II. Ordnung sind. Darunter fallen somit auch die Gräben im NSG. Auch die Teiche sind gegebenenfalls zu unterhalten. Die Gräben im NSG liegen meistens zwischen den einzelnen Parzellen und entwässern in die Verbandsgewässer. Die Unterhaltung der Gräben obliegt den Flächeneigentümern. Die Gräben und Verbandsgewässer im NSG stellen einen Lebensraum für seltene Wasserpflanzen, Libellen, Weichtiere, Fische, Wasservögel und Amphibien dar.

Im Rahmen der Gewässerunterhaltung sind eine Vielzahl von wasser- und naturschutzrechtlichen Regelungen (WRRL<sup>18</sup>, WHG, BNatSchG) sowie gebietsspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen. Zur Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Belange bei Maßnahmen der Gewässerunterhaltung hat der NLWKN 2020 den „Leitfaden Artenschutz – Gewässerunterhaltung“<sup>19</sup> herausgegeben. Diese Arbeitshilfe bietet den Unterhaltungspflichtigen eine solide Orientierung und stellt die Grundlage dar, die um folgende gebietsspezifische Anforderungen ergänzt wird:

---

<sup>16</sup> Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) in der Fassung vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 64) zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 06.12.2023 (Nds. GVBl. S. 339)

<sup>17</sup> Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) (Hrsg) (2020): Leitfaden Artenschutz – Gewässerunterhaltung. Eine Arbeitshilfe zur Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange bei Maßnahmen der Gewässerunterhaltung in Niedersachsen, 2. aktualisierte Fassung März 2020. – „Ergänzungsband A für Marschengewässer“ Information des Naturschutz Niedersachsen: 39. Jg. Nr. 1: 1-48. Hannover 2020.

<sup>18</sup> Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. EU Nr. L 327 vom 22.12.2000)

<sup>19</sup> Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) (Hrsg) (2020): Leitfaden Artenschutz – Gewässerunterhaltung. Eine Arbeitshilfe zur Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange bei Maßnahmen der

#### Ziffer 1

Aufgrund der gebietsspezifischen Besonderheiten sind die geplanten **Maßnahmen, die über die übliche Gewässerunterhaltung hinausgehen**, z.B. Entschlammungen oder Uferbefestigungen vorab mit der zuständigen Naturschutzbehörde einvernehmlich abzustimmen. Diese Maßnahmen müssen natur- und artenschonend und ohne Vertiefung der Sohle erfolgen. Damit wird sichergestellt, dass alle Belange des Arten- und Naturschutzes berücksichtigt werden. Alternativ besteht die Option zur Erstellung von Gewässerunterhaltungsplänen gemäß den fachlichen und methodischen Vorgaben des „Leitfaden Artenschutz – Gewässerunterhaltung“ (NLWKN 2020).

#### Ziffer 2

Die jährlichen Durchgänge der **Gewässerunterhaltung** sind im NSG in dem Zeitfenster nach Abschluss der Brutzeit und vor dem Beginn der Kernzeit der Überwinterungsperiode der wertgebenden Gastvogelarten im Gebiet durchzuführen und **nur zwischen dem 01.09. und 01.12.** eines Jahres zulässig. Die Durchführung der jeweiligen Maßnahmen der Gewässerunterhaltung ist der zuständigen Naturschutzbehörde vorab anzuzeigen. Dies dient zudem auch dem Schutz der aquatischen und amphibischen Lebensgemeinschaften und dem Schutz besonders und streng geschützter Arten (u.a. Amphibien, Fische) unter Beachtung des allgemeinen Artenschutzes gemäß § 39 BNatSchG sowie des besonderen Artenschutzes des § 44 BNatSchG. Eine Gewässerunterhaltung im Winter würde dem Schutz u.a. der Amphibien zuwiderlaufen, da sich diese Arten dann in ihrer winterlichen Ruhephase befinden. Zwingende Abweichungen sind bei der zuständigen Naturschutzbehörde vorab anzuzeigen. Diese können zum Beispiel witterungsbedingt erforderlich werden (Flächen sind zu nass zum Befahren).

#### Ziffer 3

Das **ausgebaggerte Material** ist im unmittelbaren Nahbereich der aufgereinigten Gewässer und außerhalb der Zeit vom 20.03. bis 01.07. eines Jahres zu verschlichten. Eine Verschlichtung soll, wie es die Formulierung des Verordnungstextes nahelegt, möglichst nah am Gewässer erfolgen, da auf diese Weise im Baggergut befindliche Lebewesen eine Chance behalten, in das Gewässer zurück zu gelangen. Der unmittelbare Nahbereich ist hierbei jeweils maximal auf die unmittelbar an beiden Ufern an ein Gewässer angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzflächen begrenzt. Eine Verschlichtung des ausgebaggerten Materials auf einem Streifen von wenigen Metern Breite am Rande des Gewässers ist aus Artenschutzgründen zwar wünschenswert, würde jedoch zu einer „Wallbildung“ führen, welche die Entwässerung erschweren und somit weitere Entwässerungsmaßnahmen notwendig machen würde.

Um eine artenschutzrechtlich verträgliche Unterhaltung der Gewässer im NSG zu gewährleisten, ist der „Leitfaden Artenschutz – Gewässerunterhaltung“ sowie der zugehörige Ergänzungsband „Ergänzungsband A für Marschengewässer“ des Landes Niedersachsen in der jeweils gültigen Fassung zu berücksichtigen. Durch die Berücksichtigung soll gewährleistet werden, dass es bei der Aufreinigung von Gewässern im NSG nicht zu Verstößen gegen den allgemeinen oder besonderen Artenschutz kommt.

#### Ziffer 4

Die Unterhaltungsmaßnahmen werden ausschließlich mit einem **Mähkorb** mit eingelegten Lochblechen durchgeführt, Grabenfräsen oder Lotmaschinen werden nicht eingesetzt.

Gemäß § 39 Abs. 5 Nr. 4 BNatSchG ist es gesetzlich verboten, ständig wasserführende Gräben unter Einsatz von Grabenfräsen zu räumen, wenn dadurch der Naturhaushalt, insbesondere die Tierwelt, erheblich beeinträchtigt wird. Im NSG ist der Einsatz von Grabenfräsen sowie Lotmaschinen generell verboten, da diese geeignet sind, die Grabenfauna nachhaltig zu zerstören (Gefahr der Verletzung oder Tötung). Dies steht im Widerspruch zum Schutzzweck. Die Räumung mittels eines Mähkorbs mit eingelegten Lochblechen führt zu einer schonenden Entschlammung aus den Gräben.

#### **Ziffer 5**

Die Entfernung des **aufkommenden Gehölzaufwuchses** an den Grabenrändern im Rahmen der Gewässerunterhaltung dient der Sicherstellung der Offenlandschaft ohne störende Vertikalstrukturen.

#### **§ 4 Abs. 5 Jagd**

Freigestellt ist die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd gemäß § 1 Abs. 4 des Bundesjagdgesetzes (BJagdG)<sup>20</sup> und im Sinne des Schutzzwecks gemäß § 2 dieser Verordnung sowie nach aus dem Schutzzweck und den Erhaltungszielen hergeleiteten Vorgaben. Die ordnungsgemäße Jagd umfasst in diesem Fall unter anderem die Beachtung der gesetzlich festgelegten Jagd- und Schonzeiten sowie den Verzicht auf bleihaltige Schrotmunition gemäß den Vorgaben der REACH-Verordnung der EU<sup>21</sup>

In § 32 Abs. 3 BNatSchG wird dargestellt, dass durch geeignete Verbote und Gebote sowie Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sicherzustellen ist, dass durch die Schutzgebietsverordnung den Anforderungen des Artikels 6 der FFH-Richtlinie 92/43/EWG entsprochen wird. Die Jagd in Naturschutzgebieten ist entweder mit dem Schutzzweck vereinbar oder sogar begrenzt erforderlich oder kann nach § 9 Abs. 4 S. 1 NJagdG in Niedersachsen auf einzelne Verbote beschränkt oder teilweise oder ganz verboten werden, sofern der Schutzzweck dies erforderlich macht.

Im NSG „Moorhauser Polder“ unterliegt die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd sowie des Jagdschutzes folgenden schutzgebietsspezifischen Vorgaben:

#### **Ziffer 1**

Eine **Bejagung der wertbestimmenden sowie der weiteren für das EU-VSG maßgeblichen Vogelarten** (vgl. Verordnung § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 2) ist **unzulässig**, da diese nicht mit dem Schutzzweck vereinbar wäre. Da viele der vorgenannten Arten heutzutage in ihren Beständen bedroht sind, sind sie auf einen besonderen Schutz angewiesen, wie ihn ein EU-VSG ermöglichen soll. Deutlich wird diese Notwendigkeit insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass alle sechs als Brutvogel für das EU-VSG V11 wertbestimmenden sowie ein erheblicher Teil der weiteren für das Gebiet als Brutvogel maßgeblichen Vogelarten im Rahmen der aktuellen Roten Liste der Brutvögel Niedersachsens und Bremens mindestens als gefährdet (RL 3) eingestuft

<sup>20</sup> Bundesjagdgesetzes (BJagdG) in der Fassung vom 29.09.1976 (BGBl. I S. 2849), zuletzt geändert durch Art. 291 des Gesetzes vom 19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)

<sup>21</sup> Verordnung (EU) 2021/57 der Kommission vom 25. Januar 2021 (URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R0057&from=DE>; letzter Zugriff am 20.03.2024)

wurden<sup>22,23</sup>. Eine Bejagung liefe somit dem Schutzzweck des Gebiets zuwider. Ausgenommen von diesem Sachverhalt und somit auch dem Verbot einer Bejagung ist die **Graugans** (*Anser anser*), welche in großen Schwärmen auftritt, nicht als gefährdet gilt und auf landwirtschaftlichen Nutzflächen teils erhebliche Schäden verursacht, die sich zudem ab einem gewissen Schädigungsgrad negativ auf die Habitatqualität der Flächen für Wiesenlimikolen auswirken können.

Um in **begründeten Einzelfällen**, insbesondere solchen des Natur-, Arten- und Tierschutzes von der vorgenannten Regelung abweichen zu können, ist die vorherige Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde erforderlich. Ein konkretes Beispiel stellt hierbei ein mitunter auftretender Erpel-Überschuss bei der Stockente (*Anas platyrhynchos*) dar, der für das Paarungs- und Brutgeschehen der Stockente und somit für deren Bestandsentwicklung negative Auswirkungen haben kann. Diese negativen Auswirkungen begründen sich einerseits darin, dass die Erpel die Enten bei der Brut stören und andererseits darin, dass bereits vor der Brut Enten durch zu viele, zeitgleich paarungswillige Erpel verletzt oder ertränkt werden. In einem solchen begründeten Einzelfall kann die zuständige Naturschutzbehörde auf Antrag ihre Zustimmung zur Bejagung der Art erteilen, die auch an Nebenbestimmungen, beispielsweise eine ausschließliche Bejagung von Erpeln, gebunden sein kann (vgl. Erläuterungen zu § 4 Abs. 8).

## Ziffer 2

Der **Fallenjagd** kommt im Schutzgebiet eine besondere Bedeutung zu, da diese einen unerlässlichen Teil des Prädationsmanagements darstellt, welches wiederum einen erheblichen Beitrag am Bruterfolg der Wiesenlimikolen hat. Dennoch ist bei der Fallenjagd sicherzustellen, dass eine Gefährdung der wertbestimmenden und der weiteren maßgeblichen Vogelarten des EU-VSG sowie insbesondere der FFH-Anhangs-Arten<sup>24</sup> Biber (*Castor fiber*) und Fischotter (*Lutra lutra*) weitgehend ausgeschlossen ist. Um zu gewährleisten, dass nur die Arten bejagt und erlegt werden, deren Bejagung vorgesehen und zulässig ist, sind im Rahmen der Jagd ausschließlich Lebendfallen zu verwenden, sodass fehlgefangene Tiere nicht getötet werden. Die Vorgabe, dass Lebendfallen im Inneren metallfrei oder mit einer glatten Oberfläche auszustatten sind, dient insbesondere dem Schutz des Fischotters sowie des Bibers, da sich diese Tierarten beispielsweise in Fallen mit Drahtgittern erhebliche Verletzungen zuziehen können (z. B. Ausbeißen von Zähnen, Ausreißen von Krallen). Dem entsprechend sind Fallen mit Metall im Inneren nur dann zulässig, wenn die Oberfläche glatt ist und beispielsweise für Krallen oder Zähne keine Angriffspunkte bietet. Um zudem sicherzustellen, dass gefangene Tiere, insbesondere unter Umständen fehlgefangene Tiere wie Fischotter und Biber, so wenig Stress wie möglich ausgesetzt werden, sind im Schutzgebiet verwendete Fallen mit Auslösemeldern zu versehen, sodass Fänge schnellstmöglich bekannt sind und die Fallen schnellstmöglich kontrolliert werden können. In begründeten Einzelfällen kann die zuständige Naturschutzbehörde Abweichungen in Bezug auf die Ausgestaltung der Fallen zustimmen, sofern dies mit dem Schutzzweck vereinbar ist.

<sup>22</sup> KRÜGER, T. & K. SANDKÜHLER (2022): Rote Liste der Brutvögel Niedersachsens und Bremens – 9. Fassung, Oktober 2021. – Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen (2/2022)

<sup>23</sup> Gefährdungseinstufungen der sechs als Brutvogel wertbestimmenden Arten (gemäß aktueller Roter Liste<sup>10</sup>): Brachvogel (*Numenius arquata*) und Wachtelkönig (*Crex crex*): vom Aussterben bedroht (RL 1); Uferschnepfe (*Limosa limosa*), Rotschenkel (*Tringa totanus*) und Löffelente (*Spatula clypeata*): stark gefährdet (RL 2); Kiebitz (*Vanellus vanellus*): gefährdet (RL 3)

<sup>24</sup> Beide Arten sind FFH-Anhang II- und FFH-Anhang IV-Arten. Aufgrund der Listung als FFH-Anhang IV-Arten zählen beide Arten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG zu den in Deutschland streng geschützten Arten.

Bei der Verwendung von Fanggeräten und Fangmitteln ist zudem sicherzustellen, dass ein Ertrinken / Ersticken gefangener Tiere ausgeschlossen ist. Diese Vorgabe dient dem Schutz tauchender Vogelarten sowie semiaquatischer Säugetiere, insbesondere Fischotter und Biber, die bei einem Fang in einer unter der Wasseroberfläche befindlichen Falle aufgrund des Ausbleibens der Atemmöglichkeit qualvoll verenden würden.

### Ziffer 3

Entgegen den vorgenannten Regelungen Ziffer 2 in Bezug auf die Ausgestaltung von Fallen, ist die Verwendung von **Jungfuchsfallen**, die in der Regel in der Form eines aus ummanteltem Draht bestehenden Korbes ausgeführt sind, zulässig, sofern diese Fallen sach- und fachgerecht verwendet werden, was insbesondere eine mehrmals täglich erfolgende Kontrolle der Fallen einschließt. Die Zulässigkeit dieser Drahtfallen ist gegeben, da aufgrund der Ausbringung der Fallen mit dem Falleneingang in den Eingang des Fuchsbaus hinein sowie aufgrund der Fallengröße, Fehlfänge von Bibern und Fischottern vollständig sowie anderer Arten nahezu vollständig ausgeschlossen werden können. Zudem handelt es sich bei dieser Art von Fallen um eine gängige Methode zur Bejagung von Jungfüchsen in einem zeitlich eng begrenzten Zeitfenster, die für den Erfolg der Prädatorenbejagung von Bedeutung ist. Ein Verbot dieser Bejagung würde sich aufgrund des vor Ort hohen Prädationsdrucks nicht positiv, sondern negativ auf den Schutzzweck auswirken.

### Ziffer 4 und 5

Die Neuanlage von fest mit dem Boden verbundenen **jagdwirtschaftlichen Anlagen**, wie beispielsweise von Hochsitzen, Kanzeln oder Kunstbauten, von jagdwirtschaftlichen Einrichtungen in nicht ortsüblicher landschaftsangepasster Art sowie von **Wildäckern, Wildäsungsflächen, Kirrungen oder Hegebüschen** ist im Schutzgebiet nicht zulässig. Diese Regelung umfasst weder die Unterhaltung, Instandsetzung oder Sanierung rechtmäßig bestehender derartiger Anlagen noch die Verwendung mobiler Hochsitze oder vergleichbarer jagdwirtschaftlicher Hilfsmittel. Das Verbot dient dem Erhalt der besonderen Eigenart und Schönheit der Landschaft und der Vermeidung von Ansitzwarten oder Versteckmöglichkeiten für Prädatoren.

Eine Errichtung oder Anlage der verbotenen Strukturen ist möglich, sofern hierfür eine vor der Errichtung erforderliche Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde nach einem vorherigen Antrag erteilt wurde. Eine Zustimmung kann durch die zuständige Naturschutzbehörde immer dann erteilt werden, wenn dies mit dem Schutzzweck vereinbar ist. Für die Vereinbarkeit mit dem Schutzzweck kann eine Zustimmung mit Nebenbestimmungen versehen werden (vgl. Erläuterungen § 4 Abs. 8).

### Ziffer 6

Das **Anfüttern von Wasservogelwild** ist im NSG verboten, um die daraus resultierenden Nährstoffeinträge im NSG zu verhindern und das natürliche Verhalten der Vögel nicht zu beeinflussen.

### Ziffer 7

Das **Einschießen von Waffen** im NSG ist nicht gestattet, da es zu einer erheblichen Störung und Beunruhigung im Gebiet führt. Aus Gründen der Sicherheit bei der Jagd ist eine Überprüfung der Treffpunktlage vor der eigentlichen Jagdausübung (vor und während der Jagd) zulässig, um sicherzustellen, dass sich die Waffe nicht, etwa durch Erschütterungen, verstellt hat. Das Überprüfen der Treffpunktlage soll so störungsarm und selten wie möglich erfolgen.

#### **Ziffer 8**

Gemäß § 4 Abs. 4 NJagdG stellt die **Jagdhundeausbildung** außerhalb befriedeter Gebiete eine Jagdausübung dar. Auf Grundlage von § 9 Abs. 5 NJagdG kann die Jagd in Naturschutzgebieten für bestimmte Zeiträume beschränkt, ganz oder teilweise verboten werden, wenn sie nicht mit dem Schutzzweck vereinbar ist. Die Ausbildung inkl. Prüfung von Jagdhunden ist im NSG verboten, da innerhalb der Ausbildung u.a. die Gewöhnung der Hunde an die Schüsse sowie das Schwimmen in Gewässern geübt wird. Dies führt zu erheblichen Störungen innerhalb der beruhigten Brut-, Aufzucht-, Rast- und Nahrungshabitate der Vögel und steht somit im Widerspruch mit dem Schutzzweck des Gebiets.

Der Einsatz von ausgebildeten Jagdhunden im Rahmen der Jagdausübung ist nicht eingeschränkt. Soll jedoch ausschließlich auf das erforderliche Maß zur Ausübung einer rechtskonformen Jagd beschränkt werden.

#### **Absatz 6 - Fischereiliche Nutzung**

##### **Ziffer 1**

Die **zum Angeln freigegebenen Bereiche (Angelgewässer) sowie Zeiten** richten sich nach dem Brut- und Rastgeschehen der Vögel im Gebiet. Durch die Festlegung des Nutzungszeitraums außerhalb der Brutzeit der Wiesenvögel können Beeinträchtigungen der Brutvögel verhindert werden. Unter der Zielsetzung der Sicherung störungsfreier Räume für Brut-, Rast- und Gastvögel wurden die Angelgewässer festgelegt und die Fischerei an einzelnen Gewässern, **in Abstimmung mit dem Eigentümer der betroffenen Gewässer**, untersagt. Der zuständigen Naturschutzbehörde liegt eine schriftliche Erklärung des Eigentümers der betreffenden Gewässer, des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), Betriebsstelle Brake-Oldenburg, vor, dass der NLWKN einem Verbot der fischereilichen Nutzung zustimmt.

##### **Ziffer 2**

Da das NSG auch ein potentielles Gebiet für den Fischotter und den Biber darstellt, sind verwendete **Fanggeräte und Fangmittel** so einzusetzen und auszustatten, dass eine Gefährdung dieser Arten, ebenso wie tauchender Vogelarten, größtmöglich ausgeschlossen ist. Hierzu sei auch auf die Begründung zu § 4 Abs. 5 Nr. 2 dieser Verordnung verwiesen.

##### **Ziffer 3**

Die durch den zuständigen Fischereiverein sowie den Fischereikundlichen Dienst Niedersachsen sowie dessen Beauftragte erfolgende Durchführung von **Untersuchungen zur Gewässergüte und Bestandserhebungen** mit dem Elektro-Fischfangerät sowie mit Reusen ist freigestellt. In Bezug auf den Einsatz von Reusen wird auf § 4 Abs. 6 Nr. 2 verwiesen. Durch die Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde wird sichergestellt, dass die Maßnahme dem Schutzzweck nicht entgegensteht.

Die Herstellung des Einverständnisses mit der zuständigen Naturschutzbehörde ist nicht erforderlich, wenn die Behörde oder öffentliche Stelle sowie deren Beauftragte bereits durch andere Rechtsermächtigungen hierzu befugt sind. Dazu zählt z.B. die Durchführung der **hoheitlichen Aufgabe des WRRL- und FFH-Monitorings** durch das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit – Fachdezernat Binnenfischerei – Fischereikundlicher Dienst (LAVES).



Zur Durchführung der genannten Maßnahmen ist auch das Befahren der Gewässer mit Booten, einschließlich solchen mit Motorantrieb, zulässig (siehe auch Begründung § 4 Abs. 2 Nr. 1).

### **Abs. 7 Unterhaltung, Instandhaltung und Instandsetzung der Deiche**

Maßnahmen zur **Unterhaltung, Instandhaltung und Instandsetzung der Deiche sowie zur Deichverteidigung** sind, sofern sie durch die Träger der Deicherhaltung nach § 7 Niedersächsisches Deichgesetz (NDG)<sup>25</sup> durchgeführt oder beauftragt wurden, freigestellt. Die Pflege und Unterhaltung der Deiche einschließlich aller zugehörigen Anlagen ist durch das Niedersächsische Deichgesetz geregelt. Unter die Unterhaltung der Deiche fallen insbesondere folgende Tätigkeiten: Unterhaltung der Deichsicherungswege, Treibgutbeseitigung, Rückschnitt der begleitenden Gehölzbestände, Instandsetzung der Schafzäune, Beweidung der Deiche mit Schafen sowie Mahd der Deiche. Instandsetzungsmaßnahmen des Deichkörpers, die mit Rammarbeiten jeder Art einhergehen, sind allerdings vorab bei der zuständigen Naturschutzbehörde anzuzeigen, es sei denn es handelt sich um eine Sofortmaßnahme zur Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr oder Schadens oder zur Behebung einer akuten Störung. In letztgenannten Fällen ist die zuständige Naturschutzbehörde unverzüglich über durchgeführte Maßnahmen in Kenntnis zu setzen. Die Maßnahmen sind freigestellt, da die Erhaltung der Deiche im überwiegenden öffentlichen Interesse ist und nicht zuletzt auch dem Schutz des NSG dient.

### **Absatz 8 - Zustimmungen und Anzeige**

Diese beiden Passagen dienen der Klarstellung, wie die zuständige Naturschutzbehörde mit zustimmungspflichtigen und angezeigten Maßnahmen umgeht.

Im Rahmen einer **Zustimmung** prüft die zuständige Naturschutzbehörde für die beantragte Maßnahme, ob die Handlung oder die Maßnahme schutzzweckkonform ist. Entscheidend für eine Zustimmung ist vorrangig die Verträglichkeit mit dem Schutzzweck. Eine Zustimmung kann dabei mit Nebenbestimmungen versehen werden, um schädigende Wirkungen zu verhindern und dadurch eine Zustimmung zu ermöglichen. Ist die Handlung beziehungsweise die Maßnahme schutzzweckkonform oder wird dies durch Auflagen sichergestellt, so hat die zuständige Naturschutzbehörde der Handlung oder der Maßnahme zuzustimmen. Die Zustimmungsregelung bedarf keiner Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände. Sie kann schriftlich oder mündlich mit anschließender Aktennotiz erteilt werden. Letzteres ermöglicht in dringenden Fällen, z. B. in der Gewässerunterhaltung, eine schnelle Abwicklung. Zur Beurteilung der Verträglichkeit kann die zuständige Naturschutzbehörde notwendige Unterlagen nachfordern.

Bestimmte Handlungen oder Maßnahmen sind mit einer Frist von mind. vier Wochen vor Beginn, bei der zuständigen Naturschutzbehörde schriftlich anzuzeigen. Die **Anzeige** der Handlung oder der Maßnahmen dient dazu, die zuständige Naturschutzbehörde in Kenntnis zu setzen, damit diese im Zweifelsfall die Zulässigkeit der Maßnahme überprüfen und ggf. Anordnungen treffen kann. Reagiert die Naturschutzbehörde innerhalb der Monatsfrist nicht, kann die Handlung, bzw. die Maßnahme ohne Weiteres durchgeführt werden.

---

<sup>25</sup> Niedersächsisches Deichgesetz (NDG) in der Fassung vom 23.02.2004 (Nds. GVBl. S. 83)

## **Absatz 9 und 10**

Unberührt von den Regelungen dieser Verordnung bleiben bestehende, rechtmäßige behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse und sonstige Verwaltungsakte sowie weitergehende naturschutzrechtliche Vorschriften und weitergehende Vorschriften gemäß anderen Rechtsnormen. Zu den weitergehenden naturschutzrechtlichen Vorschriften gehören insbesondere der gesetzliche Biotopschutz sowie der besondere Artenschutz. Weitergehende Vorschriften bleiben von dieser Verordnung unberührt.

## **§ 5 Befreiungen**

In § 5 ist geregelt, dass über die in § 4 dargestellten zugelassenen Handlungen hinaus unter bestimmten Voraussetzungen von den Verboten des § 3 der Verordnung, die sich auf den allgemeinen Schutzzweck (§ 2) beziehen, von der zuständigen Naturschutzbehörde eine Befreiung gem. § 67 BNatSchG i. V. m. § 41 NNatSchG gewährt werden kann. Eine Befreiung kann gemäß § 67 Abs. 3 BNatSchG mit Nebenbestimmungen versehen werden.

Die Bedingungen für die Erteilung einer Befreiung sind in § 67 BNatSchG abschließend geregelt. Im Gesetz sind folgende Gründe für eine Befreiung dargelegt: „[...] *Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, [...]*“ sowie *„die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.“*

Bei Plänen und Projekten, die geeignet sind, die Erhaltungsziele des Gebietes erheblich beeinträchtigen zu können, ist zudem gemäß § 34 Abs. 1 BNatSchG eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen.

## **§ 6 Anordnungsbefugnis**

Gemäß den Bestimmungen des § 2 Abs. 1 S. 3 i. V. m. § 2 Abs. 2 NNatSchG kann die zuständige Naturschutzbehörde bei rechtswidriger Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung von Natur oder Landschaft auch die Wiederherstellung des bisherigen Zustandes anordnen.

## **§ 7 Pflege- Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen**

§ 7 der Verordnung stellt Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung des Schutzgebietes dar, welche die Vielfalt der Biotoptypen mit ihrem spezifischen Arteninventar langfristig erhalten und verbessern. Gemäß **§ 65 Abs. 1 BNatSchG** haben Eigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte von Grundstücken angeordnete oder angekündigte Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu dulden, soweit dadurch die Nutzung der Grundstücke nicht unzumutbar beeinträchtigt wird.

Maßnahmen, die zum Erreichen des Schutzzweckes und der Erhaltungsziele gemäß Art. 3 Abs. 1 der EU-Vogelschutzrichtlinie erforderlich sind, werden für das Gebiet in einem Managementplan, in Maßnahmenblättern oder in einem Pflege- und Entwicklungsplan dargestellt. Diese stellen umfängliche Planungen mit gebietsspezifischen Maßnahmen dar, welche gem. § 32

Abs. 5 BNatSchG nach naturschutzfachlichen Gesichtspunkten für Natura 2000-Gebiete aufgestellt werden können. Übergeordnetes Ziel der Maßnahmen ist es, für die im Gebiet vorkommenden Arten der EU-Vogelschutzrichtlinie eine ausreichende Vielfalt und eine ausreichende Flächengröße ihrer Lebensräume zu erhalten oder wiederherzustellen. Zur Zielerreichung sind verschiedene Pflege- und Wiederherstellungsmaßnahmen notwendig. Pflegemaßnahmen sollen dabei den vorhandenen Zustand von Natur und Landschaft erhalten und Wiederherstellungsmaßnahmen einen früheren, inzwischen nicht mehr existierenden, günstigeren Zustand von Natur und Landschaft wiederherstellen.

Die Aufzählung der im NSG regelmäßig anfallenden Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen dient der Transparenz und ist nicht abschließend. Da die Durchführung von Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen dazu dient, den Schutzzweck zu erreichen, sind diese Maßnahmen von den Verboten dieser Verordnung freigestellt.

§§ 15 und 39 NNatSchG sowie § 65 BNatSchG bilden dabei, insbesondere für Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen, Duldungspflicht sowie Betretungsrecht den gesetzlichen Rahmen.

#### **§ 8 Umsetzung von Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen**

§ 8 verdeutlicht, dass die Inhalte der Verordnung den Ansprüchen der EU-Vogelschutzrichtlinie gerecht werden, wie die Regelungen der Verordnung im Sinne der EU-Vogelschutzrichtlinie einzustufen sind und auf welche Weise über die Verordnung hinausgehende Maßnahmen umgesetzt werden können.

#### **§ 9 Ordnungswidrigkeiten**

§ 9 Abs. 1 dieser Verordnung benennt mit Verweis auf § 23 Abs. 2 S. 1 BNatSchG i. V. m. § 43 Abs. 2 Nr. 1 NNatSchG ordnungswidrige Handlungen. § 43 Abs. 2 Nr. 9 NNatSchG bezieht sich auf das Betreten außerhalb der Wege; eine schädigende Auswirkung auf das NSG muss insofern nicht nachgewiesen werden. Ordnungswidrig handelt darüber hinaus, wer gem. § 69 Abs. 3 Nr. 6 BNatSchG eine Veränderung oder Störung vornimmt, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Natura 2000-Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile führen können. Neben den Vorschriften zu den Ordnungswidrigkeiten wird auf die Straftatbestände in §§ 329 Abs. 3 bis 6 und 330 Strafgesetzbuch (StGB)<sup>26</sup> hingewiesen.

#### **§ 10 Inkrafttreten**

§ 10 bildet mit dem Tag des Inkrafttretens den formalen Abschluss dieser Verordnung. Gleichzeitig tritt die Verordnung über das NSG „Moorhauser Polder“ vom 30.11.1982 außer Kraft.

---

<sup>26</sup> Strafgesetzbuch (StGB) in der Fassung vom 13.11.1998, zuletzt geändert durch Art. 12 des Gesetzes vom 27.03.2024